

**Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.): Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945-1969, Hamburg (Ergebnisse) 2001, 358 S., € 29,00**

Nachdem sich die historische Polizeiforschung in den letzten fünfzehn Jahren als eigene Disziplin in der deutschen Forschungslandschaft etabliert und sich auch bezüglich des Forschungsansatzes ein gewisser Konsens eingestellt hat, werden nun systematisch die bestehenden Forschungslücken geschlossen: nach dem 19. Jahrhundert und der NS-Zeit, die mittlerweile in ihren Grundzügen gut erschlossen sind, besetzt sie nun das Terrain der „Nachkriegszeit“. Damit schaltet sie sich zugleich in die neueren historiographischen Debatten um Kontinuität und Wandel der Eliten nach 1945, die unterschiedlichen Entwicklungspfade in beiden deutschen Staaten oder die Veränderung der gesellschaftlichen Leitbilder nach dem „Dritten Reich“ ein. In diesem Sinne reklamiert der Band auch ein stärkeres „Mitspracherecht“ der Polizeigeschichte, die ungeachtet ihrer zentralen Bedeutung für das Verständnis moderner Staatlichkeit in der Zeitgeschichtsforschung immer noch zu wenig Beachtung findet.

Die 13 Aufsätze von „Nachkriegspolizei“ setzen hier erste Akzente, wobei – den Forschungsinteressen der Autoren und Autorinnen folgend – der Schwerpunkt auf den 50er Jahren und den nord- und westdeutschen Ländern liegt. Gemeinsam ist den Beiträgen ein erweitertes Verständnis von Polizeigeschichte, das sich nicht auf Organi-

sation und institutionellen Rahmen des Apparates konzentriert, sondern die Polizei als Akteur sozialer Kontrolle mit ihren Wahrnehmungsweisen, Leitvorstellungen und Handlungsmustern thematisiert.

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes, ausgewiesen durch langjährige Forschungen zum Thema, eröffnen den Band mit einer konzentrierten Einleitung, die neben dem Forschungskontext die zentralen Linien der Polizeigeschichte in der Nachkriegszeit skizziert und die Ergebnisse des Bandes bündelt. Sodann werden einzelne Aspekte des „institutionellen und personellen Wandels“ nach 1945 behandelt. Im Anschluss an J. Richter, der sich mit der Reform der Verwaltungspolizei in der britischen Besatzungszone auseinandersetzt, skizziert H. Reinke anhand der Großstädte Leipzig und Dresden die Reorganisation der Polizeiarbeit in der sowjetischen Besatzungszone. R. Bessel und U. Nienhaus befassen sich mit der Situation der Volkspolizistinnen in der (späteren) DDR und den halbherzigen Versuchen der Alliierten, eine weibliche Polizei für Berlin einzurichten. Schließlich thematisiert ein Block mit Beiträgen von F. Liebert, St. Linck und P. Wagner die Personalpolitik in den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die Haltung von Politik und Öffentlichkeit zur Übernahme von ehemaligen Angehörigen des NS-Herrschaftsapparates in die Sicherheitsorgane der BRD.

Den „Praxisteil“ – „Aspekte der Polizeiarbeit“ überschrieben – eröffnet G. Fürmetz mit einer Studie zur Massenmotorisierung in Westdeutschland; Th. Lindenberger setzt seine Forschungen zur Geschichte der Volkspolizei mit einem Aufsatz über die „Freiwilligen Helfer“ und die Kooperationsbeziehungen zwischen Polizei, Partei und Bevölkerung der DDR fort. Am Schluss des Buches steht wiederum ein thematischer Block mit Beiträgen von T. Mulot, Th. Grotum und K. Weinbauer, in dem die polizeilichen Reaktionen auf die Jugendkriminalität der 40er Jahre, die „Halbstarke“-Krawalle in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und die Studentenproteste der 60er Jahre in den Blick gerückt und als Indikator für die Resonanz- und Reformfähigkeit der Polizei genutzt werden.

Der Band entwickelt auf diese Weise mehrere Themen. So führt er ein in die „doppelte Polizeigeschichte“ der Nachkriegszeit und markiert das rasche Auseinanderdriften der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland Ende der 40er Jahre. Zwar hatte man sich unter den Alliierten zunächst auf einen Katalog zur Reform der deutschen Polizei geeinigt – Dezentralisierung, Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung –, unter dem Eindruck der Blockkonfrontation und dem Zugriff der unterschiedlichen politisch-institutionellen Systeme wurden diese Gemeinsamkeiten jedoch bald hinfällig. Während man im Personalbereich in Ostdeutschland einen deutlichen Schnitt setzte, indem man – wie im Falle der Richterschaft – die aus der NS-Zeit übernommenen Beamten fast vollständig durch fachfremde Neueinsteiger ersetzte, legte man mit der Zentralisierung der Befehlsstrukturen und der Remilitarisierung der Polizeiverbände Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre die anderen Reformziele ad acta. Das Idealbild einer politisch zuverlässigen Polizei, die nicht nur Sicherheit und Ordnung garantieren, sondern unmittelbar gestaltend am Aufbau der „antifaschistisch-demokratischen“ Gesellschaft mitwirken sollte, führte auch zu Erweiterung polizeilicher Kompetenzen weit über „klassische“ Aufgaben wie „Verbrechensbekämpfung“ oder Ordnungssicherung und den in Westdeutschland etablierten rechtsstaatlichen Rahmen hinaus.

Gemessen an den Reformzielen war jedoch auch die Entwicklung in den Westzonen keine reine „Erfolgsgeschichte“. Auf der „Habenseite“ verbucht der Band hier vor allem die von den britischen Besatzungsbehörden forcierte Entpolizeilichung der öffentlichen Ordnung und Rückzug aus Feldern der Wohlfahrtspflege wie der

Jugendfürsorge, mit der sich die Nachkriegspolizei nicht nur von der totalen Zuständigkeit der NS-Polizei distanzierte, sondern auch von der expansiven Polizeipraxis des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Einen deutlichen Bruch bedeutete auch die Auflösung der Zentralbehörden und Verlagerung der Zuständigkeiten auf die lokale und regionale Ebene, sowie die Entlassung und Überprüfung von großen Teilen der Polizeibeamtenschaft in den Jahren nach der „Befreiung“.

Allerdings lassen sich im Westen auch zahlreiche Kontinuitätslinien feststellen. Nicht nur ließ man den polizei-, straf- und prozessrechtlichen Rahmen der Polizeiarbeit weitgehend unberührt. Auch scheiterten die wenigen Versuche einer Demokratisierung der Geschlechterbeziehungen. Wie in der SBZ/DDR sorgten geschlechtsspezifische Vorurteile wieder für die Beschränkung von Frauen auf fürsorgerische und „helfende“ Tätigkeiten oder die Abschiebung in periphere polizeiliche Aufgabenfelder. Im Sinne eines „roll back“ lässt sich auch die von den westdeutschen Behörden forcierte, von den Alliierten gebilligte Rezentralisierung der Polizei auf Länderebene und die allmähliche Rehabilitierung des NS-Personals interpretieren, die F. Liebert in seinem Beitrag souverän rekonstruiert.

Im Bezug auf die abgebrochene „Säuberung“ der Polizei finden sich in den Beiträgen des Bandes verschiedene Bewertungen. Während Liebert im Anschluss die aktuelle Zeitgeschichtsforschung die „Entnazifizierung“ als eine Sozialisationsphase zu fassen versucht, in deren Verlauf sich viele „Ehemalige“ zur Tabuisierung ihrer Vergangenheit und Integration in das demokratische System „genötigt“ sahen, weist St. Linck auf die rassistischen und polizeistaatlichen Muster hin, die von den früheren NS-Beamten an die Nachkriegspolizei weiter gegeben wurden. Entsprechende Andeutungen finden sich auch in den Beiträgen von H. Reinke und T. Mulot – hier hätte man sich zur weiteren Klärung jedoch noch einen eigenen Beitrag zu den Kontinuitäten der Kriminalpolitik nach 1945 gewünscht, der diesbezügliche Hinweise aus anderen Studien (von Frank Kebedies oder Patrick Wagner) aufnimmt und systematisch überprüft.

Auf der Suche nach den Gründen für die „unvollständige“ Reform der Polizei in Westdeutschland wird man zunächst das vergangenheitspolitische Klima der frühen BRD in Rechnung stellen müssen, das eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Eliten und ihrer Rolle in der NS-Zeit verhinderte. Der Band macht aber auch deutlich, wie stark man sich in der BRD an traditionellen polizeilichen Leitbildern und Organisationsmustern orientierte, allen voran am sogenannten „Weimarer Modell“. Der Rückzug aus dem Reformprojekt war jedoch keine rein „deutsche Angelegenheit“, sondern verdankte sich ebenso dem Pragmatismus der westlichen Besatzungsmächte, die an einer raschen Wiedererrichtung staatlicher Strukturen in Deutschland interessiert waren und frühere Demokratisierungsforderungen unter dem Eindruck des sich entwickelnden Kalten Krieges zurück schraubten. Im Übrigen gab es – hierauf insistiert St. Linck in seinem Beitrag über die Haltung der britischen Besatzungsmacht zur deutschen Kriminalpolizei – bei Teilen der Alliierten eine fragwürdige Aufgeschlossenheit gegenüber der deutschen Polizeitradition – auch der 30er und 40er Jahre.

Das dritte Thema des Bandes bildet die Veränderung des polizeilichen Selbstverständnisses und Einsatzwissens in der BRD zwischen 1950 und 1968. Hierbei wird deutlich, dass eine Untersuchung der Nachkriegspolizei, die sich auf den politischen Systemwechsel 1945 und die Reformphase der 70er Jahre kapriziert, zu kurz greift. Denn auch in der „Zwischenzeit“ war der Apparat neuen Impulsen ausgesetzt: neben einer veränderten Haltung der (medialen) Öffentlichkeit zu polizeilichen Rechtsverletzungen und Grundrechtseingriffen und Spannungen zwischen verschiedenen

Generationen und Gruppen von Polizeibeamten waren dies vor allem neuartige Ordnungs- und Sicherheitsprobleme, Motivlagen und Aktionsformen, die mit Hilfe der alten „Rezepte“ nicht mehr zu bewältigen waren. Während die „Krawalle“ der „Halbstarken“ oder die Studentenunruhen der 60er Jahre die Polizei auf dem traditionellen Feld öffentlicher Ordnungssicherung konfrontierten, erwuchs der Polizei im Zuge der Massenmotorisierung eine völlig neue Arena sozialer Kontrolle. G. Fürmetz' anregender Aufsatz zur Praxis der Verkehrspolizei in Bayern zeigt, dass die Polizisten nun auf eine verstärkt bürgerliche Klientel trafen, die sich den obrigkeitlichen Disziplinierungsversuchen nicht widerstandslos fügte und zivilere Formen der Kontrolle und „Erziehung“ erforderlich machte.

Erfreulicherweise vermeiden die Autoren eine apologetische Perspektive, die sozialen Wandel mit polizeilicher „Reformfreudigkeit“ kurz schließt. Vielmehr wird ebenso deutlich, dass ein Teil der Polizeibeamten den neuen gesellschaftlichen „Herausforderungen“ mit einer Radikalisierung und Regression auf traditionelle Feindbilder und Konzepte „rücksichtslosen Durchgreifens“ beantwortete. Insofern zeigt dieser Teil des Buches auch die Ungleichzeitigkeiten und Fraktionierungen im Apparat der „Polizei“.

Alles in allem bietet die vorliegende Publikation eine differenzierte Einführung in die Geschichte der deutschen „Nachkriegspolizei“ und markiert die zentralen Fragestellungen, Probleme und Erkenntniswege. Dabei ist er nicht bloß als Beitrag zu einer „abgeschlossenen Epoche“ zu lesen. Er legt auch ein Fundament für das Verständnis der aktuellen Polizeientwicklung und verdeutlicht am historischen „Modell“ die Schwierigkeiten polizeilicher Reform und Persistenz traditioneller Handlungsmuster.

Der Band ist gleichzeitig Aufforderung zu weiteren Explorationen im Feld der „Nachkriegspolizei“: zur Polizeipolitik der französischen Besatzungsmacht, zur Alltagspraxis oder – wie die Herausgeber selbst anregen – zu den Männlichkeitsmodellen innerhalb der Beamtenschaft. Auch ein Vergleich der Konzepte und Strategien in der BRD und DDR gegenüber klassischen „Feindgruppen“ wie unangepassten Jugendlichen oder Rückfallstraftätern erscheint lohnend. Man darf zudem gespannt sein auf das weitere Vordringen der Polizeigeschichte in die späte BRD: Nicht nur, weil so die Polizeireform der 70er Jahre eine genauere Einordnung finden wird, sondern weil es dann auch zur Konfrontation der eher vermittelnden historischen Perspektive mit dem explizit kritischen Blick der zeitgenössischen Polizeisoziologie kommt.

*Thomas Roth, Bonn*